

SACHSENHEIM UND UMGEBUNG

GROSS- UND KLEINSACHSENHEIM HOHENHASLACH OCHSENBACH SPIELBERG HÄFNERHASLACH SERSHEIM OBERRIEXING

Mensa: „Augen auf und durch“

Bauprojekt kommt über 360 000 Euro teurer als kalkuliert – Gemeindevorstand

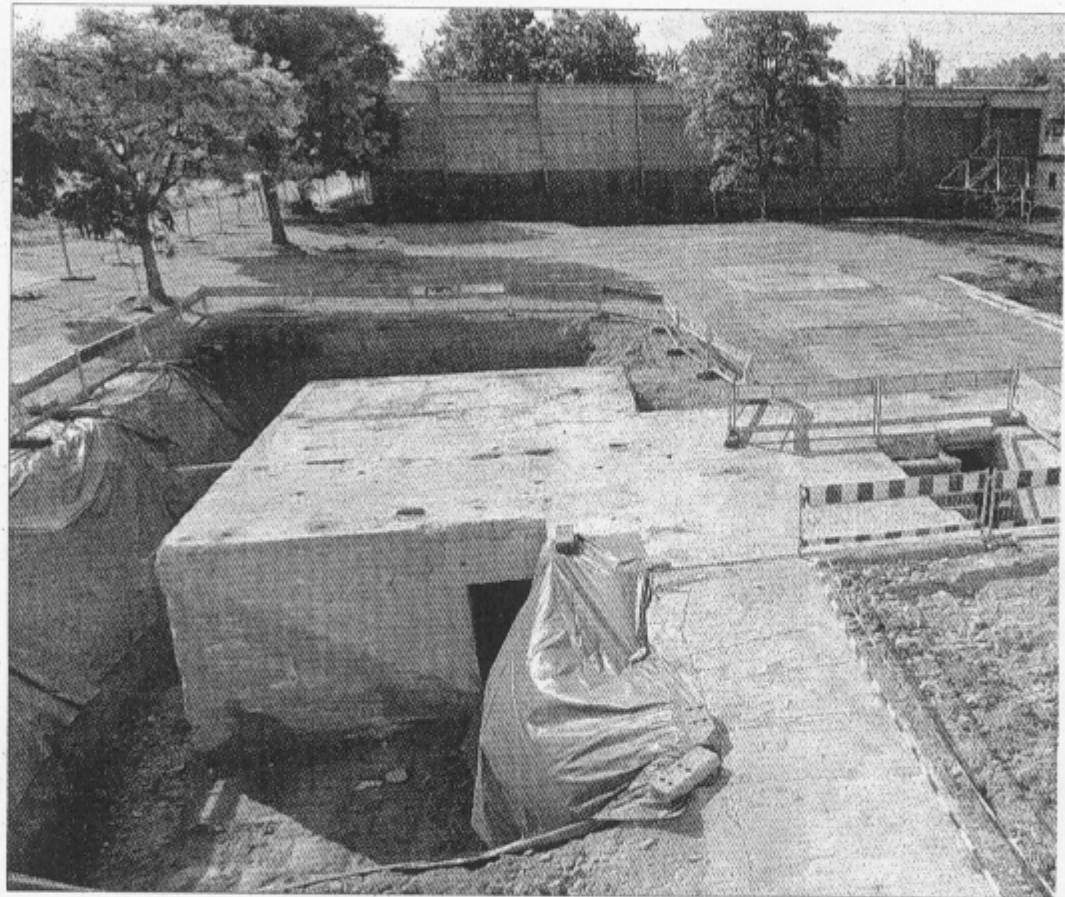
Über 360 000 Euro Mehrkosten haben sich nach den ersten Ausschreibungen für den auf 2,6 Millionen Euro veranschlagten Mensa-Neubau ergeben. Und weitere Überraschungen werden nicht mehr ausgeschlossen.

RÜDIGER MARGGRAF

Sachsenheim. Reichlich bedröppelte Mienen im Sachsenheimer Gemeinderat: Kaum ein Jahr nach dem Grundsatzbeschluss zum Bau einer Schulmensa mit Jugendhaus müssen die Bürgervertreter zähneknirschend zur Kenntnis nehmen, dass ihre Kostenkalkulation von 2,6 Millionen Euro deutlich aus dem Ruder läuft. In seinem aktuellen Lagebericht errechnete das mit der Projektsteuerung beauftragte Stuttgarter Architektenbüro ARP den Geldmehrbedarf zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit 367 275 Euro, was einer Steigerung um 14,1 Prozent entspricht. Überrascht waren die Sachsenheimer Gemeinderäte am Donnerstag aber sicher nicht, denn bereits in der Vorwoche hatte der Technische Ausschuss die Hiobsbotschaft – wie üblich hinter verschlossenen Türen – ausführlich diskutiert und am Ende dem Gesamtgremium einstimmig die Kostenübernahme empfohlen.

Herausgekommen ist der Finanzschlamassel mit den Ausschreibungsergebnissen für rund ein Dutzend Gewerke. Die gute Nachricht dabei: Eine Handvoll der Firmen präsentierte Preise unterhalb der veranschlagten Kostenberechnung. Bei den gewichtigsten Punkten wie Rohbau, Holz- und Stahlbau oder Dachisolierung lagen die Angebote aber zwischen 15 und 68 Prozent über den jeweiligen Vorgaben.

Die Frage nach dem Grund für diesen satten Kostenaufschlag war aus Sicht von Gemeinderat, Verwaltung und Beratern schnell geklärt: Schuld seien, so hieß es, die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise, „exorbitante“ Aufschläge beim Wär-



Kaum ist der Ärger um den Abriss der Festhalle ausgestanden, droht den Stadtvätern neuer Bürger-Verdruss ursprünglich veranschlagt, müssen jetzt knapp drei Millionen Euro für Schulmensa und Jugendhaus bezahlt

meschutz oder auch ganz allgemein die „Dynamik des Marktes“ oder die Auswirkungen der aktuellen Finanzmarktkrise. „Wir müssen uns keinen Vorwurf machen, wir sind Spekulanten hilflos ausgeliefert“, nahm SPD-Sprecher Gert-Wilhelm Bechtle gleich pauschal das gesamte Stadtparlament in Schutz.

In weiteren Stellungnahmen zum Ausschreibungsdebakel hielten sich die Stadträte am Donnerstag daher nicht lange mit Lamentieren auf, sondern beschworen vielmehr, wie CDU-Vertreter Hugo Ulmer, die Notwendigkeit dieses „wichtigen Schulprojekts“ oder zeigten sich bemüht, den Blick in die Zu-

kunft zu richten: „Augen auf und durch“, formulierte etwa Grünen-Stadtrat Peter Schreiber das Motto fürs weitere Vorgehen.

Dabei ließen sich die Räte fraktionsübergreifend von der Erkennt-

Jauf: „Wir sind sicher, dass wir das Richtige tun“

nis leiten, dass ein Zurückrudern beim Mensa-Neubau sowieso nicht mehr möglich ist, ohne das Projekt insgesamt zu gefährden: Die Zusagen für Fördermittel in Höhe von

„auf und durch“

als kalkuliert – Gemeinderat segnet Mehrkosten ab

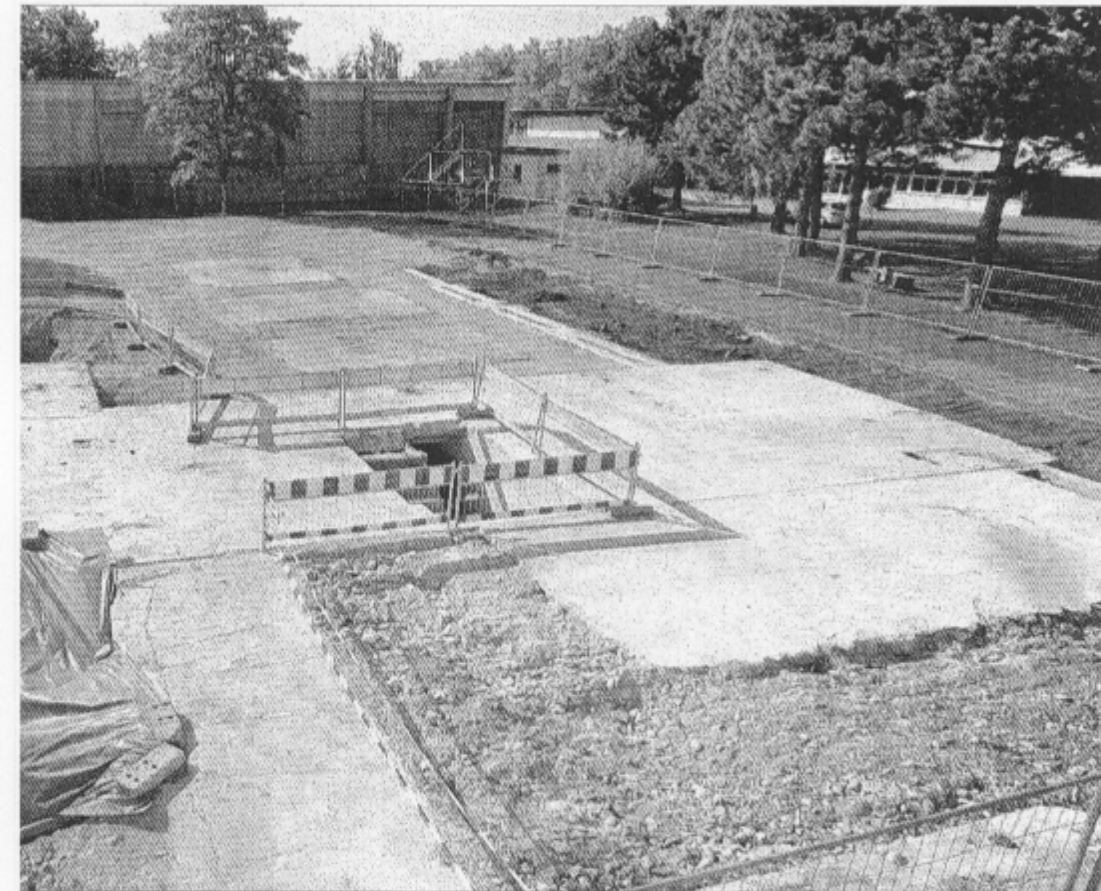
KOMMENTAR

Umkehr nicht mehr möglich

Der Zug hat schon viel Fahrt aufgenommen“, verbildlichte Sachsenheims Hochbauamtsleiter Jürgen Rind vor dem Gemeinderat das Dilemma: Beim Projekt Schulmensa, immerhin Mitvoraussetzung zur Genehmigung des bereits angelaufenen Ganztagsbetriebs im Schulzentrum, gibt es kein Zurück mehr. Das vor einem Jahr bereits in aller Eile angeleierte Vorhaben muss durchgezogen werden – koste es, was es wolle, könnten böse Zungen jetzt behaupten. Und auf gehässige Kommentare werden sich die Stadtoberen einstellen müssen, nicht nur von Seite der Festhallen-Nostalgiker.

Natürlich ist es weder Gemeinderat noch Verwaltung anzulasten, wenn die Preise explodieren und das Bauen damit kaum noch kalkulierbar wird. Wenn aber, wie in Sachsenheim jetzt zu befürchten ist, Sinn und Notwendigkeit dieses Bauvorhabens in der öffentlichen Diskussion von giftigem Gezeter über „die da oben“ überlagert werden, haben sich das die Stadtverantwortlichen durchaus selber zuzuschreiben. Denn Teuerung oder Finanzmarktkatastrophe zeichnen sich nicht erst seit vorgestern ab, und vor diesem Hintergrund erscheint es fahrlässig, mit einem vermeintlichen Festpreis hausieren zu gehen. Äußerungen, wonach 2,6 Millionen Euro die Obergrenze seien, erwecken heute auch den Eindruck, man habe Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen wollen. Stattdessen steht den Stadträten jetzt ein Sturm der Entrüstung ins Haus.

Nicht sonderlich überzeugend wirkt hier auch die Rolle des ausdrücklich zur „Kostensteuerung“ engagierten Architektenbüros. Vor allem wenn sich dessen Analyse der Verteuerung auf eine fast provozierend schlechte Erkenntnis beschränkt: „Die Kostenberechnung war zu tief angesetzt“, heißt es im Ergebnis des aktuellen Lageberichts. Eine Einsicht, die durchaus auch den Stadträten selbst zuzutrauen gewesen wäre. RÜDIGER MARGGRAF



anden, droht den Stadtvätern neuer Bürger-Verdross: Der Nachfolgebau verteuert sich erheblich. Statt 2,6, wie oben Euro für Schulmensa und Jugendhaus bezahlt werden. Foto: Helmut Pangerl

822 000 Euro liegen bereits auf dem Tisch und eine Neuausschreibung würde vor allem viel Zeit kosten und nicht unbedingt ein besseres Ergebnis bringen. Also nickte das Gremium die Vergaben einstimmig ab. Immerhin tröstete Freie-Wähler-Fraktionsvorsitzender Siegfried Jauß sich und seine Kollegen mit der Auffassung: „Wir sind sicher, dass wir das Richtige tun.“

Fest steht: Die Mehrkosten von über 360 000 Euro gehen nicht nur zu Lasten des Stadthaushalts, sondern auch auf Kosten der Bauausführung. So verabschiedet sich die Stadt vom erklärten Ziel, den Neubau als so genanntes Null-Energie-

haus zu gestalten. Verzichtet wird außerdem auf eine Dachverstärkung, womit auch die geplante Installation einer Fotovoltaikanlage flach fällt. Eingespart wird ferner der Ausbau des Kellergeschosses. Trotzdem: „Weitere unliebsame Überraschungen“ seien nicht auszuschließen, mutmaßte CDU-Rat Ulmer. Dem hielt jedoch der Projektüberwacher Siegfried Aisenbrey entgegen, jetzt stünden nur noch die „leichteren“ Ausbaugewerke zur Ausschreibung an. Deshalb gehe er davon aus, dass man die 14-prozentige Verteuerung ohne weitere Zuschläge „über die Ziellinie“ bringen könne.